



Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa

Muslimische Wohlfahrtspflege in Österreich und Deutschland

Editorial

von Dr. Sören Hoyer, Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa

In Deutschland und Österreich ist das Thema muslimische Wohlfahrtspflege aktueller denn je. In beiden Staaten gibt es einen muslimischen Bevölkerungsanteil von aktuell mehr als fünf Prozent, der auch durch den aktuellen Zuzug von Flüchtlingen weiter steigt. Viele dieser Menschen benötigen einen Kindergartenplatz, haben jugendliche Kinder in der Schule, sind pflegebedürftig oder müssen irgendwann einmal ins Krankenhaus. Sie wünschen sich dann, dass diese sozialen Dienste ihre kulturellen und religiösen Bedürfnisse berücksichtigen. Das bedeutet zum Beispiel, dass ältere Musliminnen und Muslime im Seniorenheim ein Speisenangebot vorfinden, das ihren religiösen Vorschriften entspricht. Auch eine Pflegekraft, die die eigene Muttersprache spricht und kulturelle Waschgewohnheiten kennt, ist Teil solcher kultursensiblen Dienste.

Wenn soziale Dienste so ausgestaltet sind, dass sie den Bedürfnissen der Menschen entsprechen, werden sie vermehrt in Anspruch genommen. Sie fördern so die Teilhabe an der Gesellschaft und damit die Integration. Für die Musliminnen und Muslime, die seit Jahren in Deutschland und Österreich wohnen, aber auch für die vielen Flüchtlinge mit muslimischem Hintergrund sind kultur- und religionssensible soziale Dienste daher von großer Bedeutung für die Teilhabe an der Gesellschaft.

Religion spielt sowohl in Österreich als auch in Deutschland traditionell eine Rolle, wenn es um soziale Dienste geht. Caritas und Diakonie sind die großen christlichen Wohlfahrtsverbände, die soziale Dienste in beiden Staaten erbringen und die Interessen ihrer Einrichtungen, von der Kita bis zum Hospiz, als Verband vertreten.¹ In beiden Staaten haben in den letzten Jahren Debatten darüber begonnen, wie man soziale Dienste religions- und kultursensibel ausgestalten kann – vor allem mit Blick auf die Zielgruppe der Musliminnen und Muslime. Viel diskutierte Fragen sind etwa: Wie können sich bestehende Angebote und Einrichtungen für die Zielgruppe öffnen? Wie können muslimische Einrichtungen unterstützt werden, die muslimisch orientierte Kinderbetreuung oder Pflegedienste anbieten möchten? Was sind Voraussetzungen für einen muslimischen Wohlfahrtsverband nach dem Vorbild der etablierten Verbände?

Der vorliegende Newsletter der Beobachtungsstelle beleuchtet das Thema einerseits aus Sicht der zuständigen Bundesministerien: des deutschen *Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* sowie des österreichischen *Ministeriums für Europa,*

Inhalt

Editorial	1
Muslimische Wohlfahrtspflege in Deutschland	2
Muslimische Sozialdienste in Österreich	3
Unterwegs zu einer „muslimischen Caritas“? – Professionalisierung in der Flüchtlingsarbeit der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich.	6
Kultursensible Altenhilfe in Deutschland bekannter machen – ein bundesweites Forum	7
Aktuelle Studie zur Inanspruchnahme von Pflege- und Betreuungsleistungen durch Migrantinnen und Migranten in Wien	8
Neues aus der Beobachtungsstelle .	9
Schwerpunkt Familie und Vereinbarkeit	9
Gleichstellung im Fokus	9
Seniorenpolitik und Pflege	10
Soziale Dienste in Europa	10
Impressum	10



¹ In Deutschland findet sich mit der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden auch ein jüdisch orientierter Wohlfahrtsverband, der die Interessen der jüdischen Gemeinden und Einrichtungen vertritt.

Integration und Äußeres. Andererseits stellt die *Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich* ihre Pläne vor, für die soziale Arbeit mit Flüchtlingen eine eigenständige Organisation nach dem Vorbild von Caritas und Diakonie zu gründen. Aus Deutschland zeigt ein Beitrag über das *Forum für eine kultursensible Altenhilfe* zudem, wie die interkulturelle Öffnung von Einrichtungen und Wohlfahrtsverbänden vorangetrieben wird. Denn neben spezifisch muslimischen Angeboten ist auch die interkulturelle Öffnung von bereits bestehenden Angeboten ein wichtiger Bestandteil der Debatten. Auch die von der *Stadt Wien* vorgestellte Studie zeigt, dass ältere Migrantinnen und Migranten sich oftmals Pflegeeinrichtungen wünschen, die für alle offen sind und gruppenspezifische Angebote zulassen.

Der Newsletter knüpft an die bisherige Arbeit der Beobachtungsstelle an. In einem **Arbeitspapier** hat Sören Hoyer dargestellt, welche muslimischen Verbandsstrukturen es in Österreich und den Niederlanden gibt und in welchen Arbeitsfeldern Moscheegemeinden und muslimische Vereine soziale Arbeit leisten. Im April 2016 diskutierten dann Expertinnen und Experten aus Deutschland, Österreich, England und den Niederlanden über **Erfolgsfaktoren muslimischer Dachverbandsstrukturen**. Dort wurde auch beleuchtet, wie und unter welchen Voraussetzungen der Staat die Entwicklungen von Dachverbandsstrukturen fördern kann und sollte.

Kontakt: Dr. Sören Hoyer, soeren.hoyer@iss-ffm.de

Muslimische Wohlfahrtspflege in Deutschland

Ein Beitrag von Dr. Matthias von Schwanenflügel, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Abteilungsleiter 3 – Demografischer Wandel, Ältere Menschen, Wohlfahrtspflege

Muslimische Wohlfahrtspflege in Deutschland – das ist ein relativ neues politisches Thema. Die Deutsche Islam Konferenz, die 2006 als Dialogforum zwischen der Politik und Muslimen in Deutschland ins Leben gerufen wurde, widmet sich dieser Aufgabe seit 2014. Warum tut sie das? Auf diese Frage gibt es mehrere Antworten. Zum einen wünschen sich Musliminnen und Muslime in unserem Land religions- und kultursensible soziale Dienste. Darauf haben sie einen Anspruch, ebenso wie Juden und Christen in unserem Land Zugang zu entsprechenden Wohlfahrtsangeboten haben. Zum anderen fördert die Teilhabe an sozialen Diensten zweifellos die Integration – nur wer soziale Dienste in Anspruch nehmen kann und auch nimmt, kann in der Mitte der Gesellschaft ankommen und dort bleiben. Damit erhält die Frage nach einer muslimischen Wohlfahrtspflege auch eine Bedeutung für die innere Sicherheit. Schließlich hat das Thema aber auch vor dem Hintergrund der historisch beispiellos hohen Zahl an Zuwanderinnen und Zuwanderern aus muslimisch geprägten Ländern im vergangenen Jahr ungleich an Bedeutung gewonnen.

Die Deutsche Islam Konferenz hat die Grundlagen und Funktionsweisen des Systems der freien Wohlfahrtspflege mit den muslimischen Verbänden erarbeitet. Dafür befanden sich auch Vertreterinnen und Vertreter der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) und ihrer Spitzenverbände, der zuständigen Ressorts auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene zusammen mit den muslimischen Teilnehmenden der DIK im regelmäßigen Dialog. Bundesministerin Schwesig hat dabei zwei Dinge hervorgehoben: Zum einen dürfe niemand aus dem Verhandlungs- und Entwicklungsprozess ausgeschlossen werden und zum anderen müssten die muslimischen Vertreterinnen und Vertreter miteinander agieren und dort, wo es wichtig sei, mit einer Stimme sprechen – unabhängig davon, wie vielfältig der Islam sei.

Unter dieser Prämisse geht es nun darum, die Moscheegemeinden ganz praktisch an das System der freien Wohlfahrtspflege heranzuführen. Dieser Weg wird durch die Bundesregierung begleitet.



So fördert die Bundesregierung beispielsweise seit dem Frühjahr 2016 mit fünf in der Deutschen Islam Konferenz vertretenen muslimischen Verbänden ein Projekt in der Flüchtlingshilfe. Hierbei soll durch den Aufbau einer gemeinsamen Struktur die Flüchtlingshilfe in und durch Moscheegemeinden durch die Professionalisierung und Vernetzung der ehrenamtlichen Flüchtlingsbegleiterinnen und Flüchtlingsbegleiter in den Gemeinden unterstützt werden. Ziel ist der Aufbau eines überregionalen und verbandsübergreifenden Netzwerkes aus islamischen Flüchtlingshelferinnen und -helfern, die Flüchtlinge mit Bleibeperspektive aufgrund der eigenen Migrationsgeschichte bei der Integration unterstützen. Ein weiteres Ziel ist neben der Integrationsarbeit auch die Befähigung und Professionalisierung der vorwiegend ehrenamtlichen Arbeit in den Moscheegemeinden.

Hier setzt auch das seit dem Frühjahr 2016 in Umsetzung befindliche regionale Modellprojekt „Qualifizierung muslimischer und alevitischer Wohlfahrtspflege“ an. Unter dem Dach des NRW-Landesverbandes des Paritätischen und in Kooperation mit dem Landesintegrationsministerium beschreibt das zweijährige Projekt in einer Bestandsaufnahme zunächst den Umfang und die Schwerpunkte der sozialen Arbeit in insgesamt 17 Moscheegemeinden und zwei Cem-Gemeinden an den Standorten Köln und Wuppertal. Ziel ist es, darauf aufbauend in den Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe, der Altenhilfe, der Hilfe für Menschen mit Behinderung oder der Ehrenamtsarbeit durch Schulungen, Arbeitshilfen und Vernetzung eine qualitative Weiterentwicklung zu bewirken. Die wissenschaftliche Begleitung soll die gewonnenen Erkenntnisse für weitere muslimische und alevitische Gemeinden landes- und bundesweit nutzbar machen.

Neben dem Aufbau eigener muslimischer sozialer Dienste, die sich ebenso wie alle anderen sozialen Dienste durch eine grundsätzliche und prinzipielle Offenheit auszeichnen müssen, ist aber auch eine weitere interkulturelle Öffnung der traditionellen Verbände der freien Wohlfahrtspflege vonnöten. Ob am Ende dieser Entwicklung ein islamischer Wohlfahrtsverband, der Ausbau des Angebots der bestehenden Träger der freien Wohlfahrtspflege oder andere Lösungen stehen, ist dabei offen. Die Bundesregierung versucht aber, gemeinsam mit den Akteuren in der muslimischen Wohlfahrtspflege und den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege die Möglichkeiten auszuloten und Wege zu finden, um auch auf diesem Gebiet die gesellschaftliche Teilhabe von Musliminnen und Muslimen in Deutschland weiter voranzutreiben.



Muslimische Sozialdienste in Österreich

Ein Beitrag von Verena Grünstäudl und Martin Kienl, Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres

Im September dieses Jahres gab die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ) bekannt, einen muslimisch-karitativen Wohlfahrtsverband, nach dem Vorbild der katholischen Caritas oder der evangelischen Diakonie, gründen zu wollen.² Anstoß für diese Initiative sind – nach eigenen Aussagen – die Erfahrungen im Bereich der Aufnahme und Unterstützung von Schutzsuchenden und Flüchtlingen und die Bündelung ebendieser Tätigkeiten. Neben dem Wunsch einer Professionalisierung des bisher informellen und eher spontan erbrachten Engagements weist die IGGÖ auch explizit auf eine attestierte Unkenntnis der Öffentlichkeit über bereits von muslimischen Vereinen Geleistetes hin. Somit scheint ein Ziel, neben der Schaffung einer entsprechenden Organisationseinheit, auch die Sichtbarmachung muslimischer Wohltätigkeit zu sein.

Die Bedeutung der oben genannten christlichen Organisationen sowie weiterer Wohltätigkeitsorganisationen muss an dieser Stelle nicht gesondert hervorgehoben werden. Sie dienen jedenfalls als Beispiel, welchen enorm positiven Beitrag Religionen zum ge-



2 <http://derislam.at/?f=news&shownews=2046&kid=1>.

sellschaftlichen Zusammenhalt leisten können. Am Erfolg dieser Organisationen werden auch mögliche künftige muslimische Einrichtungen zu messen sein.

Einer der Grundsätze der österreichischen Integrationspolitik – „Religion als Teil der Lösung“ – erkennt das Potenzial, das auch religiöse Gemeinschaften für den Integrationsprozess entfalten können, ohne damit einhergehende Probleme zu negieren. Für viele



Menschen, die nach Österreich wandern, ist Religion ein wesentliches, identitätsstiftendes Merkmal. Religion bietet oft Halt in einer neuen Umgebung, unter Menschen, die einem noch fremd sind und mit deren Gewohnheiten man erst vertraut werden muss. Daher hat sich eine umfassende Integrationspolitik auch dem Thema Religion zu widmen.

Obwohl es in Österreich keine Statistiken (mehr)³ zu im Land lebenden Musliminnen und Muslimen gibt, gehen die meisten Expertinnen und Experten von nunmehr ca. 650.000 Musliminnen und Muslimen in Österreich aus.⁴ Valide Aussagen zur Altersverteilung der Musliminnen und Muslime, die als wichtige Planungsgrundlage dienen könnten, liegen derzeit nicht vor.⁵ Es ist jedoch davon auszugehen, dass mehr und mehr Musliminnen und Muslime in Österreich in den kommenden Jahren das Pensionsalter erreichen werden, vor allem die Generation der ehemaligen „Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter“. Aktuelle Studienergebnisse⁶ zeigen darüber hinaus, dass Migrantinnen und Migranten diesen Lebensabschnitt vermehrt auch in ihrer neuen Heimat verbringen werden. Eine transnationale Haushaltsführung oder Rückkehr in das Herkunftsland werden zunehmend seltener.

Diese Entwicklungen stellen auch die Sozialdienste Österreichs vor neue Herausforderungen. Aktuelle Untersuchungen⁷ zeigen, dass Musliminnen und Muslime in geringerem Ausmaß sowohl mobile und (teil-)stationäre Angebote als auch 24-Stunden-Hilfen der Betreuungs- und Pflegedienste in Anspruch nehmen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Gerade stationäre Pflegeangebote genießen unter vielen Musliminnen und Muslimen ein schlechtes Image und werden vielfach von der Sorge um mögliche Kommunikationsprobleme und einer mangelnden Sensibilität in Bezug auf Glauben und Traditionen begleitet.

Aufgrund dieser Erkenntnisse beschäftigen sich auch die österreichischen Regelstrukturen immer mehr mit dem Thema von transkultureller Kompetenz und religionssensibler Wohlfahrtspflege. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt (BAG) führt beispielsweise seit 2012 das Projekt „Migrants Care“ durch, um Migrantinnen und Migranten, speziell auch Musliminnen und Muslime, für Pflege- und Betreuungsberufe zu begeistern.⁸ Seit 2013 führt die BAG überdies Informationsveranstaltungen durch, um insbesondere schwer erreichbare Gruppen über Pflegeleistungen zu informieren. Kooperationen mit muslimischen Vereinen und Kurse in den Hauptherkunftssprachen sind ein Teil dieser Strategie.

Ein weiteres Beispiel ist das seit 2012 in Österreich bestehende Projekt der MiMi-GesundheitslotsInnen, welches gut integrierte Migrantinnen und Migranten dazu motiviert, innerhalb ihrer Communitys niederschwellig Informationen über den Pflegebereich weiterzugeben. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass das Projekt auch unter türkischen Migrantinnen und Migranten, vielfach Musliminnen und Muslime, gut angenommen wird.

Auch wenn die Themen Diversität und transkulturelle Kompetenz in den letzten Jahren bei Pflege- und Betreuungsanbietern immer mehr an Bedeutung gewonnen haben, überwiegen vielfach Ad-hoc-Lösungen. Neben der steigenden Anzahl an Schulungen und Publikationen verstärkt sich der Trend auch immer mehr dahingehend, die bereits vorhandenen Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Sprache, kulturelles Verständnis) stärker als Ressource zu nutzen und – wo es möglich ist – ein geeignetes Sprachmatching herzustellen.

Diese exemplarisch genannten Maßnahmen haben letztlich das Ziel, die Regelstrukturen der Wohlfahrtshilfe „integrationsfit“ zu gestalten. Wo möglich, sollen die spezifischen Bedürfnisse von Migrantinnen und Migranten bzw. Musliminnen und Muslimen Berück-

- 3 Die letzte Volkszählung fand 2001 statt. Damals wurden 338.998 Musliminnen und Muslime in Österreich registriert (4,2 Prozent der Gesamtbevölkerung).
- 4 Die aktuellste Fortschreibung der Zahlen von 2001 stammt aus dem Jahr 2012. Damals wurden ca. 570.000 Musliminnen und Muslime geschätzt, was in etwa einem Anteil von 7 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht (Arslan et al. (2013): *Muslimische Alltagspraxis in Österreich. Ein Kompass zur religiösen Diversität*, S. 20). Unter Berücksichtigung der massiven Zuwanderung von Schutzsuchenden v. a. 2015 (ca. 88.000) erhöht sich die Zahl auf ca. 650.000. Genaue Zahlen zur Anzahl der Musliminnen und Muslime unter den Schutzsuchenden bzw. zum Anteil jener, die letztendlich auch einen Schutzstatus zugesprochen bekommen (man rechnet mit ca. 50 Prozent der Antragstellerinnen und -steller), liegen nicht vor.
- 5 Die Volkszählung 2001 wies lediglich ca. 3 Prozent Musliminnen und Muslime über 60 Jahre aus (Arslan et al. (2013), S. 22).
- 6 ICMPD (2015): *Betreuungs- und Pflegebedarf älterer MigrantInnen: Bedarfsabschätzung und Herausforderungen*.
- 7 MA 24 (Hg.) (2016): *Einfluss der Migration auf Leistungserbringung und Inanspruchnahme von Pflege- und Betreuungsleistungen in Wien* (siehe hierzu auch den Beitrag im Newsletter) sowie ICMPD (2015).
- 8 Die Zahl der muslimischen Pflegebediensteten wurde kürzlich Gegenstand der öffentlichen Diskussion in Österreich. Dies veranlasste zahlreiche Pflegedienstleister zu Stellungnahmen, wonach die Zahl der muslimischen Pflegekräfte zwar nicht systematisch erhoben werde, jedoch nicht zu vernachlässigen sei. Für Wien meldete die Caritas beispielsweise 130 Personen, die freiwillig ihr muslimisches Religionsbekenntnis angaben.

sichtigung finden. Einen Mosaikstein hat sicherlich das 2015 novellierte Islamgesetz⁹ geschaffen, wonach u. a. auch in „öffentlichen Krankenanstalten, Versorgungs-, Pflege- oder ähnlichen Anstalten [...] auf die innerreligionsgesellschaftlichen Speisegebote Rücksicht zu nehmen [ist]“ (§ 12 Abs. 2 sowie § 19 Abs. 2).

Neben diesen Ansätzen im Regelsystem besteht der innermuslimische Wunsch nach eigenen Wohlfahrtsdiensten bzw. -leistungen. Wie bereits eingangs erwähnt, wird der Aufbau eines muslimisch-karitativen Wohlfahrtsverbands als Priorität der IGGÖ genannt. Diese Bestrebungen fangen nicht bei null an. Die IGGÖ betreibt seit Längerem eine dreijährige Islamische Fachschule für Soziale Bildung (IFS), um Musliminnen und Muslime verstärkt für Berufe wie Kindergärtnerin und Kindergärtner oder Krankenpflegerin und Krankenpfleger zu begeistern. Im Anschluss daran können die Lehranstalt für Heilpädagogische Berufe, die Fachschule für Altendienste und Pflegehilfe oder der Lehrgang für Heimhilfe besucht werden.

© fotolia.com/Annett Seidler



Weitere Details bzw. konkrete Vorhaben, wie ein solcher Wohlfahrtsverband ausgestaltet werden soll, sind derzeit nicht bekannt. Immer wieder genannt wird der Wunsch nach einem eigenen islamischen Pflegeheim. Ob ein derart religiös geführtes Haus von Musliminnen und Muslimen einer öffentlichen Institution vorgezogen werden würde, lässt sich derzeit nicht beantworten. Fest steht jedenfalls, dass diesbezügliche Bestrebungen noch in den Kinderschuhen stecken. So sehr der Wunsch nach Professionalisierung zu begrüßen ist, so sehr bleiben Fragezeichen in Bezug auf die Machbarkeit. Trotzdem sollen hier ein paar grundsätzliche Chancen und Problemstellungen genannt werden.

Während ein Mehr an Wohlfahrtsanbietern zu begrüßen ist, sollen dieser grundsätzlichen Kongruenz gesamtgesellschaftlicher wie spezifisch muslimischer Interessen auch mögliche Tücken gegenübergestellt werden. Diese Nichtziele mögen den beteiligten Akteurinnen und Akteuren als selbstverständlich erscheinen, doch darf der gesamtgesellschaftliche Kontext nicht aus den Augen gelassen werden. Die Angst, mit diesem Vorhaben einer strukturierten Parallelgesellschaft Vorschub zu leisten, muss proaktiv thematisiert und entkräftet werden. Dies ist zweifellos eine Bringschuld muslimischer Funktionsträgerinnen und -träger. Aus integrationspolitischer Sicht sind rein muslimische Wohlfahrtsverbände nach dem Motto „von Muslimen für Muslime“ nicht wünschenswert. Vielmehr muss auch bei diesen die Bedürftigkeit der Betroffenen, unabhängig von Religion oder Ethnie, die oberste Maxime sein – so wie es bestehende Wohlfahrtsverbände vorleben. Die meisten derzeitigen (christlichen) Anbieter lehnen ethnisch oder soziokulturell homogene Einrichtungen, Wohngruppen oder Stockwerkbelegungen ab, da sie der Ansicht sind, dass diese Kategorien nicht entscheidend für eine qualitativ hochwertige Pflege und Betreuung sind.

Erfahrungen mit muslimisch organisierten Strukturen aus anderen Bereichen, so z. B. dem Bildungsbereich, dienen nur bedingt als Vorbild. Einige Kindergärten und Schulen, die in Österreich privat von muslimischen Verbänden geführt werden, lassen unter den Kindern eine Heterogenität in Bezug auf Religion und Ethnie oft vermissen, wodurch eine langfristige Chancengleichheit nur schwer sichergestellt werden kann. Der rechtlichen Gleichstellung des Islam mit anderen Religionsgesellschaften und den entsprechend gleichen Möglichkeiten (am Beispiel religiös titulierter Kindergärten und Privatschulen) steht oft ein gänzlich anderer (Bildungs-)Output gegenüber.

Nichtsdestotrotz wird der Umgang mit Musliminnen und Muslimen bzw. deren Bestrebungen im Bereich von Sozial- und Wohlfahrtsdiensten auch die Integrationsdebatten der kommenden Jahre mitprägen. Es gilt nicht nur vielversprechende Projekte und Initiativen in den Regelstrukturen zu verankern, sondern auch vorausschauend den demografischen Herausforderungen Rechnung zu tragen.

9 www.bmeia.gv.at/integration/islamgesetz.

Unterwegs zu einer „muslimischen Caritas“? – Professionalisierung in der Flüchtlingsarbeit der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich

Ein Beitrag von Carla Amina Baghajati, Frauenreferentin und Mitglied des Obersten Rates der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich

Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ) hat ihre Wurzeln im Verein „Moslemischer Sozialdienst“, der parallel mit den ersten Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus der Türkei und Ex-Jugoslawien in den 60er-Jahren entstand. Dies zeigt den hohen Stellenwert, den Musliminnen und Muslime auch aus dem Selbstverständnis ihrer Religion heraus dem Dienst für Menschen in Not beimessen. Seit 1979 agiert die IGGÖ als offizielle Vertretung für die religiösen Angelegenheiten der Musliminnen und Muslime und genießt dabei den Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts. 2015 wurde das Islamgesetz von 1912, das historisch betrachtet zunächst den rund 600.000 muslimischen Staatsbürgerinnen und -bürgern im von Österreich-Ungarn annektierten Bosnien gesetzliche Anerkennung ihrer Religion garantierte, neu gefasst und bietet damit eine größere Rechtssicherheit, wenn es um konkrete Bedürfnisse, gerade im seelsorgerischen Bereich, geht.

Die Voraussetzungen in Österreich sind also für Musliminnen und Muslime besonders günstig. Die rechtliche Anerkennung erleichtert die Partizipation in vielen Bereichen, wobei der Bildungsbereich besonders entwickelt ist. So nehmen mehr als 70.000 Schülerinnen und Schüler am islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen teil, den die IGGÖ organisiert. Diese Teilhabe wirkt unterstützend auf dem Weg von der gesetzlichen Anerkennung zur gesellschaftlichen Akzeptanz. Sozialer Zusammenhalt wird dabei immer wichtiger – gerade in Zeiten wachsender Verunsicherung aufgrund von Verteilungsängsten und Unbehagen über einen zunehmenden Pluralismus, der die eigene Identität infrage zu stellen scheint. Musliminnen und Muslime erkennen, dass ihr Engagement für das Allgemeinwohl nach mehr Sichtbarkeit verlangt und so Ängste und Vorurteile gegen sie auflösen könnte. Gleichzeitig aber sehen sie sich in einem Konflikt mit ihrem religiösen Gewissen. Denn Gutes soll so getan werden, dass die gute Absicht nicht durch eitles Zurschaustellen geschmälert wird.

Freilich hat sich die Einsicht „Integration ist, wenn man helfen kann“ gerade im Zuge der Flüchtlingsthematik gezeigt und würde breitere Öffentlichkeit verdienen. Moscheevereine und auch muslimische Privatpersonen wurden sehr aktiv, nicht nur in der Bereitstellung von Erstversorgung und beim Dolmetschen. Vor allem gaben sie Orientierung, indem sie – ausgehend von eigenen Erfahrungen – praktische Tipps für das Leben in Österreich vermittelten. Sie sind hier mehr als sprachliche Dolmetscherinnen und Dolmetscher, sondern auch eine Art „Kulturdolmetscher“. Damit zeigen sie auch ihre erfolgreiche Integrationsgeschichte und vermitteln somit Zuversicht, dass das Integrationsthema lösbar ist.

Die Islamische Glaubensgemeinschaft setzte einige eigene Aktivitäten, wirkte aber vor allem als Ansprechpartner in der Vernetzung und Koordination und damit Mittler zu den muslimischen Vereinen und ihrem Angebot. Gerade hier zeigte sich einmal mehr, dass eine Bündelung von Kräften anzustreben ist. Vereine wenden ein hohes Maß an Ressourcen vor allem in der ehrenamtlichen Mitarbeit auf. Stärkere Zusammenarbeit und Vernetzung würden hier zu einer enormen Effizienzsteigerung beitragen. Bereits Dr. Fuat Sanac, Präsident der IGGÖ von 2010 bis Juni 2016, bemühte sich, mit der Gründung von HILAL eine Organisation innerhalb der IGGÖ speziell für humanitäre Belange einzurichten, und stieß dabei auf diverse Hindernisse. Trocken konstatierte er gegen Ende seiner Amtszeit, bei den Vereinen herrsche wohl das Denken „Lieber klein, aber mein“ vor. So umriss er die Herausforderung, die humanitären Bemühungen seitens der muslimischen Vereine zu bündeln.

Der seit wenigen Wochen im Amt befindliche neue Präsident Ibrahim Olgun nimmt nun einen neuen Anlauf und ließ bei der Vorstellung seines Programms auch in der Öffentlichkeit damit aufhorchen, eine Art „muslimische Caritas“ schaffen zu wollen. Bei den diversen Antrittsbesuchen stieß er dabei auch auf Interesse bei politischen Vertreterinnen



und Vertretern. Im Rahmen der Neustrukturierung der Islamischen Glaubensgemeinschaft zeigt er sich zuversichtlich, mehr Bewusstsein dafür schaffen zu können, dass es im Interesse aller sei, wenn die bisherigen Ressourcen stärker vernetzt würden und ein gemeinsames Dach die Arbeit effizienter gestalte. So wie es im Bereich der Krankenhausseelsorge bereits einen funktionierenden interreligiösen Austausch gebe, müsse man auch von den Erfahrungen der religiösen humanitären Organisationen profitieren und sehe sich hier nicht als eine „Konkurrenz“, sondern als ein weiterer Akteur, der in einer Zeit großer gesellschaftlicher Herausforderungen hier seinen positiven Beitrag leisten wolle.

Kultursensible Altenhilfe in Deutschland bekannter machen – ein bundesweites Forum

Ein Beitrag von Dr. Sören Hoyer, Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa, unter Mitarbeit von Anna Luise Vey, Deutsches Rotes Kreuz

Das **Forum für eine kultursensible Altenhilfe** ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Wohlfahrtsverbänden, Migrantenorganisationen sowie Verbänden und Institutionen aus den Arbeitsfeldern der Altenhilfe und Migrationsarbeit. Es besteht seit 2007. Die Mitglieder fordern eine interkulturelle Öffnung der sozialen Dienste und Einrichtungen. Sie setzen sich damit für den gleichberechtigten Zugang zu Pflege, Betreuung und Beratung für eingewanderte Seniorinnen und Senioren ein und fordern ein kultursensibles Denken und Handeln in den Einrichtungen. Kultursensible Altenhilfe bedeutet für das Forum die „gleichberechtigte Teilhabe älterer Migrantinnen und Migranten“, das heißt, dass die „individuellen Bedürfnisse und Bedarfe“ in den Angeboten der Altenhilfe berücksichtigt werden.¹⁰

Davon ausgehend befasst sich die Arbeit des Forums mit drei zentralen Fragen:

- Wie können Einrichtungen der Altenhilfe dazu bewegt werden, auf neue Zielgruppen zuzugehen, mit neuen Ansätzen zu arbeiten und Muttersprachlerinnen und -sprachler aktiv einzubinden?
- Wie kann erreicht werden, dass Zugewanderte sich gut informiert fühlen und die Angebote der Altenhilfe in Anspruch nehmen?
- Wie kann das Bewusstsein und damit die (finanzielle) Unterstützung für kultursensible Altenhilfe unter politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern verstärkt werden?

Das Forum möchte Einrichtungen der Altenhilfe erstens Informationen und Anregungen an die Hand geben, damit sie strukturelle Maßnahmen ergreifen, um ihren Alltag interkulturell zu gestalten. Zweitens sollen Einrichtungen und Beratungsstellen ältere Migran-



tinnen und Migranten in gut verständlicher Art und Weise darüber informieren, welche Rechte und Möglichkeiten sie im Rahmen der Altenhilfe haben. Für all diese Aufgaben hält das Forum die Kooperation von politischen Verantwortlichen, Einrichtungen der Altenhilfe und Migrantenorganisationen für entscheidend.

Die vier Regionalgruppen des Forums beraten ganz konkret Kommunen und Träger von Einrichtungen, damit diese die interkulturelle Öffnung umsetzen. Ein Instrument dazu sind die sogenannten **Informationskoffer** für eine kultursensible Altenhilfe, die von Einrichtungen und Organisationen ausgeliehen werden können. Die Koffer zielen mit ihren Materialien einerseits auf die Organisationsentwicklung ab. So gibt es zum Beispiel Leitfäden und Checklisten, was Einrichtungen beachten sollten, wenn sie den Prozess der interkulturellen Öffnung angehen. Andererseits befinden sich in den Koffern auch mehrsprachige Materialien etwa zur Pflegeversicherung und zu verschiedenen Gesundheitsthemen, um ältere Migrantinnen und Migranten zu informieren.

Das Forum möchte verstärkt auch politische Akteure sensibilisieren und vernetzen, um die interkulturelle Öffnung voranzutreiben. Es konnte dazu beitragen, einige Kommunen und Landesregierungen für das Thema zu sensibilisieren. So wirken etwa in Berlin

¹⁰ Forum für eine kultursensible Altenhilfe (2009): **Memorandum für eine kultursensible Altenhilfe**. Ein Beitrag zur Interkulturellen Öffnung am Beispiel der Altenpflege, S. 3.

seit 2007 Menschen mit Migrationshintergrund im Landesseniorenbeirat mit. Auch gibt es Fördermittel, um Pflegepersonal in den Einrichtungen interkulturell zu schulen. Die Stadt München hat eine Studie zu den Bedürfnissen von älteren Migrantinnen und Migranten in Auftrag gegeben und 2014 ein „Modellprojekt zur Interkulturellen Öffnung der Langzeitpflege“ auf den Weg gebracht.

Handlungsgrundlage des Forums sind die „Handreichung für eine kultursensible Altenhilfe“ und das **„Memorandum für eine kultursensible Altenhilfe“**. Im Memorandum werden Politik und Gesellschaft aufgefordert, „allen in Deutschland lebenden alten Menschen unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen und kulturellen Herkunft den Zugang zu den Institutionen der Altenhilfe zu ermöglichen und dort ein kultursensibles fachliches Handeln sicherzustellen“. In der Handreichung sind viele gute Praxisbeispiele beschrieben, wie die Umsetzung im Einzelnen gelingen kann.

Das Memorandum benennt sieben sogenannte Marksteine auf dem Weg zu einer kultursensiblen Altenhilfe:

- Barrieren für die Nutzerinnen und Nutzer müssen abgebaut werden. Ein entscheidender Faktor hierfür ist die Vernetzung von Altenhilfe und Migrationsarbeit. So können zugewanderte Seniorinnen und Senioren aktiv angesprochen werden. Migrant*innenorganisationen nehmen hier wichtige Mittlerfunktionen ein.
- Die individuellen Bedürfnisse der Pflegebedürftigen müssen im Vordergrund stehen. Hierfür ist es wichtig, dass das Pflegepersonal interkulturell geschult ist. Denn nur so kann es die individuellen Bedürfnisse erkennen und dementsprechend handeln.
- Einrichtungen, Verbände und Institutionen sollten interkulturelle Öffnung als einen Prozess begreifen und in die Organisationsentwicklung integrieren.
- Die interkulturelle Öffnung einer Einrichtung hängt entscheidend von der Personal- und Teamentwicklung ab, die von der Leitungsebene bewusst gesteuert werden sollte. Fortbildungen, Zeit für Teamreflexion und ein wertschätzender Umgang mit Unterschiedlichkeit sind wichtige Faktoren.
- Kultursensible Pflege ist gesetzlich verankerter Teil der Pflegeausbildung, muss aber von den Bildungsinstitutionen als Querschnittsthema und nicht nur als ein Teil anerkannt werden.
- Für die interkulturelle Öffnung als Teil von Organisationsentwicklungen bedarf es finanzieller Freiräume. Die notwendigen Ressourcen dafür sollten in der Regelfinanzierung anerkannt werden.
- Migrant*innenorganisationen sind wichtige Partner, um Angebote kultursensibel zu gestalten. Das heißt auch, dass sie bei der Verteilung finanzieller Mittel berücksichtigt werden und an Gremien teilhaben sollten.

Die Struktur des Forums gliedert sich in eine Bundes- und eine Regionalebene. Auf Bundesebene arbeitet die sogenannte Koordinierungsgruppe konzeptionelle Standpunkte aus und engagiert sich in der Vernetzung bundespolitischer Akteure. Vier Regionalgruppen setzen die Forderungen und Ziele des Forums auf regionaler und lokaler Ebene um. Gleichzeitig tragen sie ihre Erfahrungen aus der lokalen Arbeit an die Koordinierungsgruppe heran. Die Beteiligten engagieren sich weitgehend ehrenamtlich, da es bisher keine Finanzierung für die Koordination und Steuerung gibt.

Aktuelle Studie zur Inanspruchnahme von Pflege- und Betreuungsleistungen durch Migrantinnen und Migranten in Wien

Ein Beitrag der Magistratsabteilung 24 der Stadt Wien – Gesundheits- und Sozialplanung

Ausgehend von der Erkenntnis, dass bestimmte Gruppen von Wienerinnen und Wienern die Pflege- und Betreuungsleistungen nur unterdurchschnittlich häufig in Anspruch nehmen, wurde von der Abteilung für Gesundheits- und Sozialplanung der Stadt Wien



eine Studie beauftragt, die sich den Gründen dafür widmet. Im Zentrum der Studie steht eine Befragung von 429 Wienerinnen und Wienern aus der Türkei, dem Iran, aus Bosnien, Serbien und Polen. Die Ergebnisse der Befragung sind in eine Strukturanalyse der älteren Wohnbevölkerung Wiens, in Good-Practice-Beispiele, eine Kontextualisierung durch Expertinnen und Experten sowie Handlungsempfehlungen eingebettet.

Im Rahmen der Interviews wurden die Migrantinnen und Migranten u. a. nach ihrem Informationsstand zu den Pflege- und Betreuungsangeboten, den Kriterien für eine attraktive Pflegeeinrichtung, Erwartungen an die Pflegekräfte, der Einstellung zum Älterwerden und zu ihren Ressourcen befragt. Die unterschiedlichen Erwartungen wurden dabei nicht nur nach dem Herkunftsland, sondern nach unterschiedlichen Merkmalen, wie dem Milieu der Befragten, analysiert.

Zu den zentralen Ergebnissen zählen etwa:

- 56 Prozent der Befragten wollen im Alter auf jeden Fall in Wien bleiben, nur acht Prozent wollen dies nicht.
- Die Attraktivität eines Wohnhauses für Pensionistinnen und Pensionisten definiert sich primär über sozio-emotive (Wohlbefinden, Geselligkeit) und weniger über kulturelle Merkmale (gleiche Herkunft, Sprache, Religion).
- Universelle Erwartungen (Respekt, Empathie etc.) an die Pflegekraft dominieren, muttersprachliche Betreuung und Zugehörigkeit zur gleichen Volksgruppe sind weniger wichtig.
- Diskriminierungserfahrungen und Angst vor Einsamkeit werden als wichtige Motive gegen die Inanspruchnahme stationärer Einrichtungen genannt.
- Pflegeerwartungen sind in Zusammenhang mit dem Milieu der Befragten zu sehen, nicht mit dem Herkunftsland.
- Pflegeeinrichtungen, die für alle offen sind, aber gegebenenfalls gruppenspezifische Vergemeinschaftung zulassen, werden bevorzugt.

Die Studie kann unter folgendem Link bezogen werden:

<https://www.wien.gv.at/gesundheit/einrichtungen/planung/soziales/migration.html>

Neues aus der Beobachtungsstelle

Die Beobachtungsstelle analysiert gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa und befasst sich mit möglichen Auswirkungen auf Deutschland. Dazu erstellt sie wissenschaftliche, meist europäisch vergleichende Analysen, betreibt Monitoring europäischer Entwicklungen und führt internationale Fachgespräche durch. Ziel ist es, Akteure zu vernetzen, den europaweiten Austausch zu fördern und gegenseitiges Lernen anzuregen.

Schwerpunkt Familie und Vereinbarkeit

Die Beobachtungsstelle wird sich im Jahr 2017 schwerpunktmäßig damit befassen, wie europäische Staaten Menschen dabei unterstützen, **Beruf, Pflege und Kindererziehung besser zu vereinbaren**.

Die Beobachtungsstelle hat als erstes Ergebnis dieses Schwerpunktes schon jetzt eine **Übersicht** dazu erstellt, wie europäische Staaten **pflegende Angehörige** unterstützen. Die Übersicht enthält Informationen dazu, wann sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer freistellen lassen können und ob sie eine finanzielle Unterstützung für die Pflege ihrer Angehörigen erhalten. Tabellen und Kurzübersichten geben einen schnellen Überblick darüber, wie pflegende Angehörige Beruf und Pflege in 14 europäischen Staaten vereinbaren können.

Gleichstellung im Fokus

Einige europäische Staaten versuchen durch Paritätsgesetze die **politische Teilhabe von Frauen** zu verbessern. Die Beobachtungsstelle analysiert die Auswirkungen dieser



gesetzlichen Regelungen in Frankreich, Spanien und Schweden. Ergebnisse finden Sie Anfang 2017 auf der [Homepage der Beobachtungsstelle](#).

Die **Frauenrechtskonvention der Vereinten Nationen**, kurz CEDAW, fordert die Staaten unter anderem auf, Frauenrechte im Justizbereich stärker bekannt zu machen, damit sie Anwendung in der nationalen Rechtspraxis finden. Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, regelmäßig über den Stand der Umsetzung zu berichten. Das [Arbeitspapier](#) der Beobachtungsstelle vergleicht die Berichtsverfahren in Deutschland und Frankreich und zeigt auf, wo die Justiz ihre Kenntnis und die Anwendung von CEDAW verbessern muss.

Mit der Agenda 2030 haben sich die Vereinten Nationen zur Geschlechtergleichstellung als einem Ziel für die nachhaltige Entwicklung bekannt. So soll unter anderem **Sorgearbeit** besser anerkannt werden. Gleichzeitig wollen sie erreichen, dass Frauen und Männer die Verantwortung innerhalb des Haushalts und der Familie **gleichberechtigt** teilen. Estland, Schweden und Deutschland erarbeiten nationale Strategien, um diese Ziele zu erreichen. Die nationalen Strategien stehen im Mittelpunkt der vergleichenden Analyse, die Sie Anfang 2017 [hier](#) finden.

In einer [Kurzexpertise](#) stellt die Beobachtungsstelle dar, wie Alleinerziehende nach **Trennung oder Scheidung** wirtschaftlich dastehen und welche Rechte sie haben. Der Vergleich zwischen Österreich und Deutschland zeigt leichte Vorteile für getrennt oder in Scheidung lebende Personen in Österreich.

Seniorenpolitik und Pflege

Gewalt gegenüber pflegebedürftigen Menschen mit Demenz ist ein oft tabuisiertes Thema. Expertinnen und Experten aus Europa tauschen sich auf dem Fachgespräch der Beobachtungsstelle darüber aus, was getan werden kann, um **Gewalt in der häuslichen Pflege** vorzubeugen und zu verhindern. Die anschließende Dokumentation wird Best-Practice-Beispiele enthalten und über staatliche Ansätze aus Frankreich, Schottland, Österreich und der Schweiz informieren. Mehr Informationen dazu erhalten Sie über unseren [Verteiler](#) und ab März 2017 [hier](#).

24-Stunden-Pflege bedeutet, dass pflegebedürftige Menschen rund um die Uhr zuhause professionell gepflegt werden. Österreich hat diese Form der Pflege gesetzlich reguliert, in anderen Staaten kommt das Arbeitsrecht zur Anwendung. Eine Übersicht der Beobachtungsstelle zeigt die Unterschiede, die zwischen den Staaten bestehen. Die Veröffentlichung der [Ergebnisse](#) ist für Frühjahr 2017 geplant.

Soziale Dienste in Europa

Die Beobachtungsstelle hat analysiert, wie **osteuropäische Pflegekräfte** in westliche EU-Staaten und vor allem nach Deutschland migrieren. Das [Arbeitspapier](#) zeigt Migrationsströme auf und identifiziert Push- und Pull-Faktoren.

Alle Arbeitsergebnisse der Beobachtungsstelle finden Sie hier: www.beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.de/veroeffentlichungen.html

Bleiben Sie auf dem Laufenden und melden Sie sich für unseren Verteiler an. Sie erhalten dann regelmäßig den Newsletter und weitere Informationen zu unserer Arbeit. Zur [Anmeldung](#).

Kontakt: Dr. Sören Hoyer, Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa, soeren.hoyer@iss-ffm.de; +49 (0)30 616 717 921

Projektkonzeption

Die Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa ist ein Projekt des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS). Das ISS unterhält zwei Projektbüros in Frankfurt a. M. und in Berlin. Die Finanzierung der Beobachtungsstelle erfolgt durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Impressum

Herausgeber und Redaktion:

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa
Benjamin Landes (Direktor)

Hausanschrift:

Zeilweg 42
60439 Frankfurt a. M.
V. i. S. d. P.: Benjamin Landes
E-Mail: info@iss-ffm.de

Diese Publikation ist eine Veröffentlichung der „Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa“.

www.beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.eu

Die Beobachtungsstelle ist ein Projekt, das aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), 11018 Berlin, gefördert wird. Die Publikation gibt nicht die Auffassung der Bundesregierung wieder. Die Verantwortung für den Inhalt obliegt dem Herausgeber bzw. der jeweiligen Autorin bzw. dem jeweiligen Autor.

Träger der Beobachtungsstelle:

Projektteam Frankfurt und Berlin:
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.

Gestaltung:

www.avitamin.de

Bildnachweise:

S.1: www.shutterstock.com/© Cienpies Design
S.3: www.shutterstock.com/© ESB Professional
S.3: www.pixabay.com/© stux
S.4: www.shutterstock.com/© A.Lucky
S.5: www.shutterstock.com/© Annett Seidle
S.7: www.shutterstock.com/© sayuri_k
S.8: www.shutterstock.com/© Berna Namoglu
S.9: www.shutterstock.com/© stockWERK

Erscheinungsdatum:

Dezember 2016

Diese Publikation kann bezogen werden unter:
www.beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.de/newsletter.html

Der Inhalt und die Gestaltung des Newsletters der Beobachtungsstelle sind urheberrechtlich geschützt. Die Verwendung von Artikeln ist erwünscht, allerdings bitten wir Sie, uns vorab kurz formlos darüber zu informieren und die Autorinnen und Autoren sowie die Beobachtungsstelle als Quelle zu nennen.